

AUSGABE 3-2025  
INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER  
UND POLITIK

# n<sup>DJG</sup>otizen

**DBB**  
REGIONALKONFERENZEN  
**TARIF-  
VERHANDLUNGEN**

*SEITE 04 ff.*

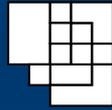
**FACHBEREICHE  
RECHTSPFLER  
MITTLERER DIENST**

*SEITE 09 ff.*

**DBB NIEDERSACHSEN  
INTERVIEW  
ALEXANDER ZIMBEHL**

*SEITE 13 ff.*

**DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT  
BUNDESVERBAND**



dbb  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah



Bank  
Better Banking

# Konto

kostenlos<sup>1</sup> & easy

- + bis zu 150 € Startprämie<sup>2</sup>
- + **On Top:** 50 € für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen
- + kostenlose Visa DirectCard<sup>3</sup> (Ausgabe einer Debitkarte)
- + weltweit gebührenfrei Geld abheben<sup>3</sup>
- + persönlich und digital



**Jetzt informieren**  
in deiner Filiale vor Ort, per Telefon  
unter 0721 141-0 oder auf  
[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)

<sup>1</sup> Voraussetzungen: Eröffnung BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. <sup>2</sup> Voraussetzungen Startprämie: 50,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokontos mit Online-Überweisungen. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres kostenfrei. Ab Vollendung des 30. Lebensjahres: mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten). Weitere 100,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern und erfolgt auf das eröffnete BBBank-Girokonto. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten; Start der Aktion: 01.11.2024. Diese Prämien sind sonstige Einkünfte gem. § 22 Nr. 3 EStG, welche in der Steuererklärung angegeben werden müssen. Hierbei gilt jedoch eine Freigrenze (nicht Freibetrag) von 256,- Euro je Kalenderjahr für alle derartigen Einkünfte. Ab 256,- Euro je Kalenderjahr muss der volle Betrag versteuert werden. Hier ist ggf. auf den Steuerberater zu verweisen. <sup>3</sup> Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte) ab 18 Jahren möglich; bonitätsabhängig. Bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres 0,- Euro p. a. danach 18,- Euro p. a. 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. Gegebenenfalls wird durch den Geldautomatenbetreiber ein (zusätzliches) Entgelt erhoben.

# Themen

- Vorwort Bundesleitung ..... 03
- dbb-Regionalkonferenzen in den Bundesländern ..... 04
- DJG Senioren - Seminar in Koblenz ..... 07
- Fachbereich Mittlerer Dienst in Bad Salzschlirf ..... 09
- Fachbereich Rechtspfleger in Bad Salzschlirf ..... 11
- Bundesleitung in Wildeshausen, Erfurt und Speyer ..... 13
- Junge DJG ..... 14
- Interview mit Alexander Zimbehl / dbb niedersachsen ..... 15
- Interview Manuela Schwarz ..... 19
- Nordrhein-Westfalen ..... 22
- Saarland ..... 23

## VORWORT



### Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder und somit auch für die Justiz stehen an. Der dbb beamtenbund hat mit der Forderungsfindung im Rahmen von Regionalkonferenzen begonnen. Viele Kolleginnen und Kollegen der DJG haben teilgenommen und auf die seit inzwischen vielen Monaten aufgezeigten Missstände hingewiesen. Der Mangel an Personal ist ein Kernproblem, vor allem, weil der rein monetäre Vergleich zu weiteren Tarifbereichen im öffentlichen Dienst und zur Privatwirtschaft nicht dazu führt, sich für die Landesregierungen als Arbeitgebende zu entscheiden. Neben der reinen Entgeltthematik stehen weitere Themen wie eine nicht ausreichende Sachmittelausstattung und nicht immer moderne Arbeitsplätze im Fokus der Debatten, was sich ändern muss. Mit großer Verwunderung verfolgt die DJG die Entwicklungen in einigen Ländern, wo es statt zu Investitionen in die Justiz zu Einsparmaßnahmen kommen soll wie jüngst in Nordrhein-Westfalen.

Wir müssen also noch intensiver und noch öfter mit unseren Anliegen für Aufmerksamkeit sorgen. Aus diesem Grund fahren im November einige Kolleginnen und Kollegen zur Demonstration im Vorfeld der Justizministerkonferenz (JuMiKo), die in Leipzig stattfinden wird. Wir zählen auf Eure rege Beteiligung und hoffen, dass viele Landesverbände vertreten sind.

In die zuvor aufgezeigte Diskussion konnten wir auch Ende August vertiefend mit dem dbb-Landesvorsitzenden Alexander Zimbehl in Niedersachsen einsteigen. Seine Impulse und Gedanken sind in einem Interview zusammengefasst, welches wir gemeinsam mit dem Landesverband in Hannover geführt haben.

Die Notizen geben wieder kurze Einblicke in die Tagungen der Bundesleitung und der verschiedenen Fachbereiche. Am Ende der Ausgabe ist wieder ein kleiner Querschnitt an Themen aus den einzelnen Ländern aufgezeigt. Außerdem konnte Karen Altmann, welche auch im Projekt des Neuordnungsverfahrens für den Beruf der Justizfachangestellten beteiligt war, mit Manuela Schwarz vom Landesverband Hessen über die Erstellung eines Handlungsleitfadens für die Praxis sprechen.

Die DJG, liebe Leserschaft, ist in etlichen Bereichen aktiv und kümmert sich um viele Themen. Das ist gut, denn die aktuellen Herausforderungen sind bekanntermaßen groß. Mit der Aktivitätenübersicht möchten wir informieren, aber auch Einblicke in die Arbeit auf Bundes- und Länderebene geben.

Mit kollegialen Grüßen  
Beatrix Schulze und Klaus Plattes



## Tarifverhandlungen:

### dbb Regionalkonferenzen

Andreas Hemsing, Zweiter Vorsitzender dbb beamtenbund und tarifunion sowie Fachvorstand Tarifpolitik moderierte die Regionalkonferenzen in den einzelnen Bundesländern (Foto: Friedhelm Windmüller)

Die Regionalkonferenzen des dbb beamtenbund in den Bundesländern markieren den Auftakt der diesjährigen Tarifrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die am 3. Dezember beginnt. In sechs Städten – Köln, Mainz, Leipzig, Hamburg, Stuttgart und Nürnberg – diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der dbb-Gewerkschaften, welche Forderungen und Schwerpunkte maßgeblich in die anstehenden Verhandlungen zum TV-L (Tarifvertrag der Länder) einfließen sollen. Überall kristallisierte sich der Wille heraus, gemeinsam für eine spürbare Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen einzutreten.

#### Zentrale Forderungen des dbb beamtenbund und tarifunion und regionale Ausprägungen

Die wichtigste dbb-Forderung lautet: 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro mehr monatlich als lineare Entgelterhöhung für alle Beschäftigten der Länder. Zudem fordert der dbb drei zusätzliche freie Tage sowie einen weiteren freien Tag exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder. Ein modern ausgestaltetes Arbeitszeitkonto, das den Beschäftigten flexible Gestaltung ihrer Arbeitszeit ermöglicht, steht ebenso auf der Agenda wie eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 200 Euro monatlich.

Der öffentliche Dienst der Länder verliert im Wettbewerb um Fachkräfte an Attraktivität: Bund und Kommunen haben durch frühere Tarifabschlüsse bessere Konditionen geschaffen, das Land **Hessen** zahlt ohnehin eigenständig mehr. In vielen Bundesländern geraten staatliche Behörden dadurch zunehmend unter Druck – so berichten etwa **Bayern** und **NRW** von einer massiven Abwanderung gut qualifizierter Beschäftigter und Nachwuchsprobleme im öffentlichen Dienst. In **Rheinland-Pfalz** und in **Thüringen** legten Vertreter besonderen Wert auf bessere Zulagenregelungen und flexiblere Arbeitszeitmodelle, um ältere Beschäftigte zu entlasten und den Dienst familienfreundlicher zu gestalten.

**Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern** rückten die Notwendigkeit besonderer Nachwuchsprogramme sowie gezielte Entlastungen für Berufsgruppen im Schul-, Sozial- und Justizbereich in den Mittelpunkt ihrer Konferenzbeiträge. Gerade strukturschwächere Bundesländer erkennen zunehmend, dass sie nur durch eine wettbewerbsfähige Bezahlung im bundesweiten Vergleich Talente binden können. In Bayern wiederum wurde vor den fatalen Folgen weitergehender Sparpolitik gewarnt und betont, dass der öffentliche Dienst erneut an gesellschaftlichem Rückhalt gewinnt, wenn die Politik Tarifbeschäftigte nicht weiter abgehängt werden lässt.

Die Forderungen der Regionalkonferenzen sollen am 17. November 2025 von der dbb-Bundestarifkommission beschlossen werden, bevor am 3. Dezember die eigentlichen Verhandlungen mit den Arbeitgebern beginnen.

### Einschätzung des dbb zur Verhandlungssituation

Die Regionalkonferenzen verdeutlichten eindrucksvoll, dass sich der Druck auf die Länderarbeitgeber massiv erhöht hat. Es herrscht Einigkeit über alle Bundesländer hinweg, dass nur ein starker gemeinsamer Auftritt eine substanzielle Bewegung bei der TdL auslösen kann. Besonders der drohende „Fachkräftemangel-Kollaps“ und die schon jetzt spürbare Arbeitsverdichtung wirken wie ein Warnsignal für die Politik. Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen fordern, dass Wertschätzung sich endlich auch in besserem Einkommen und modernen Arbeitsbedingungen niederschlägt. Damit stellt sich der dbb mit Rückenwind und klarer Botschaft hinter die Beschäftigten vor der entscheidenden Verhandlungsrunde.

### Ablauf und Ausblick

Bis Mitte November werden die regionalen Konferenzen die Forderungen bündeln. Die eigentlichen Tarifverhandlungen starten am 3. Dezember 2025 mit der Arbeitgeberseite (TdL). Der dbb schätzt die Verhandlungen als herausfordernd ein, da viele Einzelthemen aufgestaut sind und die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen hoch sind.

Gerade die Übertragung der Tarifergebnisse auf Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger bleibt ein zentraler Streitpunkt, besonders nach kontroversen politischen Äußerungen auf Landesebene (z.B. Nordrhein-Westfalen).

Karen Altmann  
Stv. Bundesvorsitzende DJG  
Leiterin DJG Bundestarifkommission



Karen Altmann, Stv. Bundesvorsitzende und Leiterin der DJG Bundestarifkommission brachte die Forderungen aus dem Bereich der DJG vor.



Vertreterinnen und Vertreter der DJG aus den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland (Bilder oben) sowie aus Nordrhein-Westfalen (1. Bild unten)



Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, sprach zu den anwesenden Teilnehmenden und schwor auf eine hart zu verhandelnde Runde ein.



DJG Bundesvorsitzende Beatrix Schulze stelle die Notwendigkeiten heraus, die für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg wichtig sind bei der bevorstehenden Tarifrunde 2025/2026.



1. Bild oben: DJG Vertreterinnen und Vertreter aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt.  
2. Bild oben: Andreas Hemsing beim Fachvortrag zum Gesundheitsschutz



Bild oben: Teilnehmende der Regionalkonferenz in Hamburg aus den Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, Bild unten: Andreas Hemsing (dbb) und Alexander Zimbehl (dbb niedersachsen)

V.l.n.r.: Kai Rosenberger (Landesvorsitzender dbb Baden-Württemberg), Andreas Hemsing (Stv. Vorstand dbb beamtenbund und Fachvorstand Tarifpolitik), Renate Conrath (DJG Baden-Württemberg) und Jörg Feuerbacher (Stv. Landesvorsitzender dbb Baden-Württemberg)

## DJG BUND SENIOREN ARBEITSTAGUNG VOM 05. BIS 08. MAI 2025 IN KOBLENZ

In Koblenz, die Stadt am Deutschen Eck, dort wo Rhein und Mosel zusammenfließen, fand in diesem Jahr die Arbeitstagung der DJG-Senioren statt.

Die jährliche Zusammenkunft der Seniorenvertreter aus vielen Bundesländern bietet die Gelegenheit, die unterschiedlichen Organisationsformen bedingt durch den Föderalismus, der im Grundgesetz verankert ist, festzustellen. Die diesbezüglichen mündlichen Berichte gaben eindrucksvoll darüber Aufschluss.

Ebenso unterschiedlich gestaltet sich auch die Seniorenarbeit in der DJG der einzelnen Länder. Leider haben es bisher nicht alle Länder verstanden, ihre Mitglieder auch nach Eintritt des wohlverdienten Ruhestandes weiter als Mitglied in der DJG zu halten, sodass auch in diesem Jahr nur 10 Landesverbände vertreten waren. Wir vertrauen weiter darauf, dass der durch die Senioren inhaltlich und die Bundesleitung gestalterisch vorgelegte Flyer die Mitglieder zum Verbleib in den Landes-Gewerkschaften überzeugen kann.

Überzeugend waren auch die Ergebnisse der zu beratenden Themen.

Bild links: Stefan Naumann (Debeka) und Sabine Wenzel  
Bild rechts: Teilnehmende DJG-Mitglieder an der Arbeitstagung

Bei dem Thema „**Rund um die Gesundheit**“ ging es neben dem Part der privaten Krankenversicherungen, der Gesundheitsvorsorge auch und besonders um die Erhöhung der Beiträge, die in diesem Jahr besonders und als unverhältnismäßig hoch von unseren Mitgliedern empfunden wurde.

Aus diesem Grunde kamen wir gerne der Einladung des Bereichsleiters Öffentlicher Dienst, Stefan Naumann, in die Debeka-Hauptzentrale nach und ließen uns vor Ort eindrucksvoll und umfassend anhand von Grafiken den Zusammenhang zwischen Leistung und Erhöhung erläutern. Besonders wies Herr Naumann darauf hin, die ärztlichen Abrechnungen digital per App „Meine Gesundheit“ an die Debeka zu versenden, da die Bearbeitung zügiger erfolgt, ebenso die Auszahlung der verauslagten Beträge.

Die anschließende Hausführung ließ uns über die Größe des Gebäudes und die architektonische Gestaltung staunen. Zum Abschluss dann ein Gruppenfoto um den Schriftzug Debeka. DANKE Stefan Naumann.

Die Erkenntnisse des Neunten Altersbericht der Bundesregierung wurden zur Kenntnis gegeben und insbesondere auf die Diskriminierung (Ageismus) in beide Richtungen hingewiesen. Immer wieder kommt es vor, dass Menschen



aufgrund ihres Alters auf bestimmte Weise diskriminiert werden. Die Überschrift in der Märkischen Allgemeinen vom 21. 2. 2025 (Ausgabe Teltow-Dahmeland) mit der fett gedruckten Überschrift auf der Titelseite „**Senioren und Kiffer immer häufiger an Verkehrsunfällen beteiligt**“ wurde als ein bezeichnendes Beispiel herangezogen.

Bei den Meldungen über Verkehrsvergehen wird bei lebensälteren Verursachern das Alter geschrieben, bei jüngeren geschieht dies gelegentlich. Dies scheint ein allgemeines Problem und länderübergreifend zu sein. Deshalb beschlossen wir, bis zum 30. September die entsprechenden Artikel statistisch zu erfassen und der Bundesleitung danach vorzulegen, damit die notwendigen Schritte zur Eindämmung dieser Altersdiskriminierung unternommen werden.

Ferner ist es den Senioren ein Anliegen, gemeinsam mit der DJG-Jugend ein „Generationenseminar“ anzustreben. Inhalt dieses Seminars könnte basieren auf den Erfahrungen der Älteren, ohne neue und frische Ideen der Jüngeren „abzuwürgen“, den respektvollen Umgang untereinander zu fördern, Konkurrenzdenken abzustellen, um eine gemeinsame Sprache zu finden und Synergieeffekte zu nutzen.

Die **Stärkung des Ehrenamtes** durch steuerliche Berücksichtigung und Anerkennung von Werbungskosten war ebenso wie die Auswertung der HaVo Bundessenorenvertretung im März in Berlin und die DJG-Frühjahrssitzung im März in Eisenach unser Thema. Das beschlossene **Leitbild der DJG** nahmen wir zur Kenntnis.

Es wurde festgestellt, dass die Teilnahme an dem 14. Deutschen Seniorentag in Mannheim „Worauf es ankommt“

durch unsere sechs Teilnehmerinnen aus 6 Bundesländer ein voller Erfolg war. Dafür sprachen alle nochmals den ausdrücklichen Dank an die Bundesleitung aus und auch dafür, dass eine Sonderausgabe der DJG-Notizen über den Seniorentag gestaltet und an alle Länder versandt wurde.

Ein besonderer Höhepunkt unseres Aufenthalts in Koblenz war der Besuch der JVA, die eine Untersuchungshaftanstalt ist. Mit großer Hingabe und Geduld erläuterte uns der Anstaltsleiter Hendrik Omland die Gefängnisgeschichte der Stadt Koblenz, die Haftarten und deren Rechtsgrundlagen, beantwortete all unsere Fragen und führte uns im Anschluss durch die Anstalt. Für uns alle auffällig waren die freundlichen und entspannt wirkenden Justizvollzugsbeamten, die bereitwillig Türen öffneten und Erläuterungen nicht scheuten. Unser Fazit: „So wie der Herr so das Gescherr“. Wir bedanken uns herzlich bei Herrn Omland und Herrn Peter Balmes, der diesen Besuch organisatorisch ermöglichte. Es war ein sehr gelungener Tag.

Natürlich durften nach täglich erfolgten Beratungen die Besichtigungen dieser besonderen Stadt nicht fehlen. Die Schifffahrt entlang der Burgen war ebenso interessant und entspannend wie die Gondelfahrt zur Festung Ehrenbreitstein und die Besichtigung des Deutschen Eck mit dem Denkmal von Kaiser Wilhelm.

Unsere nächste Arbeitstagung 2026 soll im Saarland stattfinden, an welchem Ort genau wird unser Seniorenvertreter Elmar Schneider mit dem Landesvorsitzenden beraten und uns danach bekannt geben.

Sabine Wenzel  
Vorsitzende Fachbereich Senioren

### „Deutschlands Spar-Champion 2025“ in der Kategorie PKV für Beamte: Debeka erhält Auszeichnung

Das Deutsche Institut für Service-Qualität und der Fernsehsender ntv haben jetzt den Award „Deutschlands Spar-Champion“ unter 276 Unternehmen aus verschiedenen Branchen hinsichtlich der Attraktivität des Preisniveaus vergeben. Die Debeka konnte diese Auszeichnung in der Kategorie „Private Krankenversicherung (PKV) für Beamte“ gewinnen. Damit konnte sie basierend auf einer umfangreichen Analyse von Konditionen und Kundenbewertungen zur Zufriedenheit mit den Preisen überzeugen – und zwar nicht punktuell, sondern über einen längeren Zeitraum von vier Jahren. Dabei flossen mehr als 7.620 Preisdaten und über 22.000 Kundenurteile in die Bewertung ein.

„Wir sind stolz darauf, als Deutschlands Spar-Champion 2025 ausgezeichnet worden zu sein“, erklärt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka. „Diese Anerkennung zeigt, dass wir nicht nur mit attraktiven Konditionen überzeugen, sondern auch das Vertrauen unserer Mitglieder und Kunden genießen. Für uns ist das ein starker Ansporn. Die Kombination aus hoher Kundenzufriedenheit und wettbewerbsfähigen Konditionen ist der Verdienst unserer engagierten Mitarbeitenden. Wir danken allen unseren Mitgliedern für ihr Vertrauen und ihre positiven Rückmeldungen, die zu dieser Anerkennung geführt haben.“

## FACHBEREICH MITTLERER DIENST VOM 3. BIS 5. JULI 2025 IN BAD SALZSCHLIRF

Der Fachbereich mittlerer Dienst hielt seine diesjährige Tagung vom 3. bis zum 5. Juli 2025 im beschaulichen Kurort Bad Salzschlirf in Hessen ab.

Leider waren einige Landesvertreter aufgrund von privaten Katastrophen wie Blitzeinschlag oder Wasserschaden im Haus, Krankheit oder anderen wichtigen Gründen verhindert, sodass wir dieses Mal in kleinerer Runde tagten. Aber auch mit insgesamt 11 anwesenden Kolleginnen und Kollegen haben wir sehr zielorientiert gearbeitet und uns ausgetauscht. Dabei waren der Fachbereichsvorsitzende Dirk Biegel (Saarland), dessen Vertreter Rene Pellegrini (Sachsen), Marco Besselt (Saarland) als Vertreter der Bundesleitung und zur

Nach einem kleinen Imbiss im wunderschönen Badhotel Bad Salzschlirf ging es noch am Nachmittag mit der Tagung los. Zunächst berichteten die Teilnehmer vom Stand der Einführung der E-Akte in ihren Bundesländern. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Länder zum 01.01.2026 überall mit der Einführung zumindest in den allermeisten Fachgebieten fertig. Nach wie vor bereitet die E-Akte Performance- und Übergangsprobleme, alles in allem aber stellen wir immer wieder leichte Fortschritte und Verbesserungen fest.

Weiterhin haben wir uns über den Gesetzesentwurf des BMJ unterhalten, der eine Verschiebung der Streitwertgrenze für amtsgerichtliche Zivilsachen von bisher auf 5.000 auf 10.000 EUR vorsieht. Bereits die Begründung des Gesetzesentwurfs beinhaltet eine Aussage darüber, dass dadurch voraussichtlich der Personalbedarf bei den Amtsgerichten weiter steigen, hingegen bei den Land- und Oberlandesgerichten jedenfalls im Zivilbereich sinken dürfte. Wir als DJG werden die Personalräte bei ihrer Arbeit unterstützen, eventuell

notwendig werdende Personalverschiebungen und -zuweisungen konstruktiv zu begleiten, die Amtsgerichte durch diese Reform nicht noch mehr an die Wand zu fahren und im Gegenzug aber auch die Landgerichte nicht zu überfordern.

Am zweiten Tag haben wir den größten Themenblock Bezahlung, Laufbahnrecht und weitere Aufstiegsmöglichkeiten behandelt. Wir haben sodann ein Forderungspapier für die Durchlässigkeit vom mittleren in den gehobenen Dienst entwickelt. Anhand des von unserem Fachbereich erarbeiteten Forderungspapiers der DJG Bund zur Aufgabenübertragung vom Rechtspfleger auf den mittleren Dienst, welches von



V.l.n.r.: Ellen Schmiedgen (DJG Sachsen-Anhalt), Thomas Juhre (DJG Brandenburg), Rene Pellegrini (DJG Sachsen), Christiane Plattes (DJG NRW), Marco Besselt (DJG Saarland), Michaela Rieck (DJG Hamburg), Torsten Lieberam (DJG Niedersachsen), Wolf-Dieter Müller (DJG Schleswig-Holstein), Udo Woschitz (DJG Rheinland-Pfalz), Dirk Biegel (DJG Saarland) und Katja Rosenau (DJG Mecklenburg-Vorpommern)

Protokollführung Michaela Rieck (Hamburg), Ellen Schmiedgen (Sachsen-Anhalt), Christiane Plattes (Nordrhein-Westfalen), Katja Rosenau (Mecklenburg-Vorpommern), Torsten Lieberam (Niedersachsen), Thomas Juhre (Brandenburg), Udo Woschitz (Rheinland-Pfalz) und Wolf-Dieter Müller (Schleswig-Holstein).

Wir hoffen, dass wir nächstes Jahr, vermutlich im Spreewald, wieder Kolleginnen und Kollegen aus allen Ländern begrüßen dürfen.

der Bundesvorsitzenden Beatrix Schulze und dem Fachbereichsvorsitzenden Dirk Biegel den Justizministerinnen und -ministern, Senatoren und Staatssekretäre der Länder Anfang Juni auf der Frühjahrsministerkonferenz in Bad Schandau übergeben wurde, haben wir bis zur Besoldungsgruppe A 10 + Z Aufgaben des gehobenen Dienstes an die Kollegen des mittleren Dienstes zugewiesen. Wir sind der Auffassung, dass unsere gut ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes in den Gerichtsverwaltungen und auch in den Verfahrensbereichen umfassende Aufgaben des gehobenen Dienstes und der Rechtspfleger übernehmen könnten, um einerseits diese zu entlasten und andererseits durch die Übernahme der höherwertigen Tätigkeiten in den Genuss von weiteren Beförderungen zu gelangen.

Das Positionspapier, das letztlich vom Bundesvorstand verabschiedet werden muss, soll anschließend im Bund und den Ländern verteilt und als Argumentationshilfe gegenüber der Politik und den jeweiligen Verantwortlichen in den Ministerien der Länder dienen. Die DJG will im Übrigen auch auf der Herbst JuMiKo Anfang November in Leipzig wieder Flagge zeigen und ihre berechtigten Forderungen und Anträge erläutern und begründen.

Abschließend fand ein Austausch zu den Themen Personalvertretungsgesetze (Stand Digitalisierung, Zulässigkeit von Personalratssitzungen per Videokonferenz etc.), Softphone/Voice-over-IP (Erreichbarkeit und Telefonieren bei Homeoffice und Telearbeit) und Aktenführung (E-Akte) in der Personalvertretung (FIS, Domea) statt.

Am letzten Tag wurde beim Thema Ausbildung wieder sehr deutlich, wie unglücklich sich der Föderalismus in der Justiz auswirkt. Die Ausbildungskonzepte, die Anwärtervergütung und die Länge der Ausbildung ist in den Ländern überwiegend unterschiedlich geregelt. Abwanderungen in das Nachbarbundesland nach Abschluss der Ausbildung sind leider nicht selten. Auch die Abwanderung der fertigen Auszubildenden und Anwärter zu Kommunen und in andere

Ressorts nehmen – offenbar wegen der teilweise besseren Bezahlung, Beförderungsmöglichkeiten und Attraktivität – fast überall zu. Hier sind die Länder dringend gefordert durch geeignete Maßnahmen – Attraktivität und Wertschätzung – gegenzusteuern. Nicht selten werden völlig überzogene Anforderungen an die Anwärter gestellt, welche sie in der täglichen Arbeitswelt nie benötigen werden. Die Ausbildung sollte sich vielmehr an der Praxis orientieren. Positiv festzustellen ist insoweit, dass sich in nahezu allen Ländern derzeit Arbeitsgruppen über die Änderung der jeweiligen Ausbildungen gebildet haben. Gerade im Bereich der Justizfachangestelltenausbildung ist die DJG ganz vorne dabei und hat sich intensiv an der entsprechenden neuen Richtlinie beteiligt.

Auch die Ausstattung, ob mit oder ohne Laptops, Gestellung oder Selbstbeschaffung der Gesetzestexte (Habersack pp.) ist unterschiedlich geregelt. Eine bundeseinheitliche Ausbildung wäre sehr wünschenswert. Auch insoweit sind unsere gemeinsamen Sitzungen auf Bundesebene immer wieder gewinnbringend, da fast alle Kolleginnen und Kollegen neben der Gewerkschaftsarbeit auch als Personalräte tätig sind und diese regelmäßig auch Teil entsprechender Arbeitsgruppen in den Ländern sind.

Unsere gemeinsam erarbeiteten Forderungen werden wir im Herbst dem Bundesvorstand der DJG vortragen und um Weitergabe in die Politik bitten.

Insgesamt war es wieder eine sehr informative Veranstaltung in angenehmer, fast familiärer Runde, und auch der Austausch am Abend ist für die gewerkschaftliche Arbeit im eigenen Landesverband gewinnbringend.

Voraussichtlich vom 2. bis 4.7.2026 soll unsere nächste Fachbereichssitzung im Land Brandenburg stattfinden.

**Dirk Biegel**  
Fachbereichsvorsitzender Mittlerer Dienst

## IMPRESSUM

DJG notizen Nr. 03-2025  
Mitgliederinformation  
Deutsche Justiz-Gewerkschaft  
Bundesverband (DJG)

V.i.S.d.P.:  
Beatrix Schulze und  
Klaus Plattes  
(Bundesvorsitzende)

Redaktionsschluss 04-2025  
05. Dezember 2025

Redaktion und Fotos:  
Klaus Zallmann  
Friedhelm Windmüller (dbb)  
DJG-Mitglieder,  
sowie  
namentlich gekennzeichnete  
Berichte und der Redaktion  
eingereichte Bilder

Layout:  
Klaus Zallmann, 2mal6 GmbH

# FACHBEREICH RECHTSPFLEGER

VOM 7. BIS 9. SEPTEMBER 2025 IN BAD SALZSCHLIRF

Vom 7. bis 9. September trafen sich die Landesdelegierten des Fachbereichs der Rechtspfleger der DJG zu ihrem jährlichen Präsenztreffen an neuer Tagungsstätte in Bad Salzschlirf. Für die Bundesleitung durften wir wie im vergangenen Jahr die Kollegin Rieck in Doppelfunktion auch als Vertreterin für Hamburg und den Kollegen Besselt begrüßen. Und natürlich war auch unser vierbeiniges FB-Mitglied Skye wieder dabei, der als Betreuerin die Kollegin Paulus mitgebracht hatte.

Wie jedes Jahr wurden die Kolleginnen und Kollegen herzlich begrüßt, aber dieses Mal durfte sich ChatGPT als Vorlagengeber für die Begrüßung beweisen und nicht ganz überraschend sind inzwischen maßgeschneiderte Vorlagen für

Die Fachbereichsleitung gab dann zusammen mit den Kollegen der Bundesleitung den Kollegen einen kurzen Überblick über den aktuellen Sachstand in dem durch den BDR initiierten Schiedsverfahren.

Im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen bei der Einführung der E-Akte war es naheliegend, auch die Entwicklungen und Auswirkungen auf die Kolleginnen und Kollegen zu thematisieren.

Aufgrund der sehr heterogenen IT-E-Akten-Landschaft sind die Erfahrungen sehr unterschiedlich. In Teilen, abhängig von Bundesland und E-Akten-Produkt, funktioniert die E-Akte ganz gut, an anderen Stellen ist die Usability noch

Lichtjahre von dem entfernt, was wir uns als Mitarbeiter und sich wohl auch die Verantwortlichen von der Einführung der E-Akte erwartet haben.

An vielen Stellen kumulieren sich leider die althergebrachten Probleme wie z. B. Personalengpässe und die neuen E-Akten-bedingten Probleme. Der Workflow ist in vielen Bereichen sowohl software- wie personalseitig noch lange nicht rund, was zu erheblichem Mehraufwand bei der Bearbeitung der E-Akten-Vorgänge im Vergleich zur Bearbeitung von Papierakten

führt. Im Ergebnis führen dann die Gesamtumstände leider zu einer weiter ansteigenden Belastung und zur teilweisen Überlastung der Kolleginnen und Kollegen sowie zu erheblichen Verzögerungen im Geschäftsgang.

Ein besonderes Nadelöhr an dieser Stelle stellt auch das resiscankonforme Scannen der Dokumente dar. In einigen Ländern wird durch Wachtmeister gescannt, andere Länder haben davon teilweise aus rechtlichen Bedenken Abstand genommen und stellen stattdessen neue Beschäftigte in der EG 3 zum Scannen ein. Offenbar findet man in unserem Land selbst bei solch trivialen Themen leider keinen länderübergreifenden Konsens mehr.



V.l.n.r.: Petra Schmidt (DJG Brandenburg), Marco Besselt (DJG Saarland), Thomas Kratzberg (DJG Niedersachsen), Christina Loth-Höregott (DJG Berlin), Lukas Weckop (DJG NRW), Bettina Kratzberg (DJG Niedersachsen), Bernd Spaniol (DJG Saarland), Kim Bido (DJG Saarland), Michaela Rieck (DJG Hamburg), Carolina Paulus (DJG Saarland) mit Skye und Oliver Schröter (DJG Sachsen-Anhalt)

alle Arten von Reden und Begrüßungen von hoher Qualität, was umso mehr Anlass gibt, sich mit dieser Schlüsseltechnologie auseinanderzusetzen.

Wir hatten wieder eine umfangreiche Tagesordnung vorbereitet, sodass wir unmittelbar in die Beratungen und Diskussionen einstiegen.

Michaela Rieck und Marco Besselt berichteten über die wichtigsten Aktivitäten der DJG auf Bundesebene und die Arbeit der Bundesleitung.

Ein besonderes Thema ist die Einstellung von Juristen mit dem zweiten Staatsexamen als Rechtspfleger, was seinen Grund darin hat, dass sich nicht mehr genügend und offensichtlich auch nicht mehr ausreichend qualifizierte junge Menschen als Rechtspfleger bewerben. Wir haben verschiedene Alternativen diskutiert, erscheint uns doch die Einstellung von Volljuristen als Rechtspfleger als völlig überzogen und nicht wirklich zielführend. Im Ergebnis bestand Konsens, dass bei allen Bemühungen, Nachwuchs für die Rechtspfleger zu gewinnen, das Hauptaugenmerk auf die Ausbildung von Rechtspflegern zu richten ist. Wir werden zeitnah an den Bundesvorstand herantreten, um eine Initiative zu starten, durch die unsere Justizberufe und insbesondere auch der Beruf des Rechtspflegers bekannter gemacht werden sollen.

Ein schwieriges Thema ist immer die Übertragung der Aufgaben auf eine und von einer Laufbahn. Wir fordern als Fachbereich Rechtspfleger die Aufhebung aller in § 19 RpfLG genannten Richtervorbehalte. Darüber hinaus spricht aus unserer Sicht nichts gegen die Vollübertragung der Insolvenzsachen, ebenso wie die Auswahl der Betreuer nach Anordnung des Verfahrens durch den Richter in Betreuungssachen, wie es ja im Vormundschaftsverfahren bereits praktiziert wird. Wir werden aber insbesondere um Überschneidungen und Differenzen zwischen den Laufbahnen zu vermeiden, die Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf Bundesebene anregen.

Im kreativen Teil haben wir uns dann mit dem Layout und Logo unseres Fachbereichs für Notizen, Infos und dergleichen beschäftigt. Dank einiger kreativer Köpfe in der Runde konnten wir uns schnell auf neue Entwürfe einigen und werden diese nun zur Umsetzung weiterleiten.

Thema war ebenfalls die im Saarland von der dortigen Notarkammer initiierte Übertragung des Erbscheinverfahrens auf die Notare i. S. d. Artikel 239 EGBGB. Wir sehen die Justiz nicht als großen Kuchen, aus dem sich jeder die Rosinen herauspicks, so wie es für ihn lukrativ ist und für die Justiz dann nur noch der unattraktive und teure Rest übrig bleibt. Wir erachten es als Kernaufgabe unserer politischen Führung, die Justiz in allen Bereichen, insbesondere im Personalbereich, auskömmlich auszustatten. Dann müssen wir unsere wertvolle Zeit auch nicht mit der Abwehr von Versuchen verschwenden, sich lukrative Teile aus der Justiz herauszulösen.

Auch die Fortbildung war dieses Mal Thema in unserer Runde. Gerade im Hinblick auf die Einführung der elektronischen Akte und die damit verbundenen erheblichen Veränderungen unserer Arbeitswelt stellen wir fest, dass die fachspezifische Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen leider zu kurz kommt. Wir erachten es als erforderlich, dass wir als DJG auf die Arbeitgeber zugehen und neue Schulungskonzepte einfordern, die sich an den Bedürfnissen und insbesondere auch an den zeitlichen Ressourcen der Mitarbeiter orientieren.

Bereits zum Bundesgewerkschaftstag des dbb haben wir als Fachbereich das Thema Rechtspflegerpräsidium auf der Ebene des dbb kommuniziert. Es gibt seit geraumer Zeit beim AG Wuppertal ein solches Präsidium. Der Kollege Weckop berichtet über durchaus positive Erfahrungen und z. B. eine größere Akzeptanz bei der Geschäftsverteilung. In absehbarer Zeit werden wohl weitere Gerichte in Nordrhein-Westfalen das Thema beraten und mit etwas Glück werden weitere Rechtspflegerpräsidien hinzukommen. Wir unterstützen diese Initiativen und werden in den Ländern für die Einrichtung weiterer Rechtspflegerpräsidien werben.

Auch die anstehende Pebsy-Neuerhebung war wieder einmal Thema. Wir erachten es als zielführend, vor Beginn der Erhebung die Kolleginnen und Kollegen durch die Gewerkschaften auch im Hinblick auf die zu erwartenden erheblichen Auswirkungen auf die Personalstruktur der Justiz zu sensibilisieren. Auch die vielfältige IT-E-Akten-Landschaft dürfte sich erheblich auf die Erhebung auswirken, sodass insbesondere bei der Validierung der Daten die Gewerkschaften gefordert sein werden.

Wir alle stellen aktuell in unseren eigenen Dezernaten leider fest, dass wir in Teilen unter einer höchst prekären Personalsituation leiden. Wir werden an den Bundesvorstand/Bundesleitung herantreten, dass diese auf Bundesebene dafür eintreten, dass wir bei einem weiteren Pakt für den Rechtsstaat auch im sog. nachgeordneten Bereich mit entsprechenden Stellen ausgestattet werden. Eine Justiz mit zu wenigen Richtern und Staatsanwälten ist ebenso wenig funktional wie eine Justiz ohne eine ausreichende Anzahl an Rechtspflegern, Mitarbeitern auf den Geschäftsstellen oder Wachtmeistern.

Last-but-not-least hat dann die allgegenwärtige KI doch noch Einzug in unsere Tagung gehalten. Wir haben ein KI-Tool von Google (Notebook LM) getestet, das unter anderem für die Ausbildung geeignet erscheint.



## BUNDESLEITUNG TAGTE IN WILDESHAUSEN, ERFURT UND SPEYER

Die Bundesleitung tagte in Niedersachsen, Thüringen und Rheinland-Pfalz. Themen waren unter anderem die Ausrichtung der DJG für die nächsten Monate, insbesondere zur Gewinnung von jungen Menschen für die Gewerkschaftsarbeit. Die allgemeine aktuelle politische Lage wurde besprochen, insbesondere zur Positionierung der DJG zu den Angriffen auf das Berufsbeamtentum. Organisatorische Vorbereitungen für die Tarifverhandlungen 2025/2026 wurden thematisiert. Die DJG begleitet diese mit ihren Kolleginnen Karen Altmann und Patricia Schreier. Auch in den dbb Regionalkonferenzen ist die DJG durch die Bundesländer stark vertreten.

In Erfurt konnten wir den stellvertretenden Landesvorsitzenden der DJG Thüringen, Sebastian Zitzmann begrüßen. Mit

ihm wurde die weitere Ausrichtung des Landesverbandes Thüringen diskutiert und Unterstützung durch die Bundesleitung angeboten.

Ein weiterer Schwerpunkt war die anstehende Pebbsy-Erhebung im Jahr 2027. Es wurde beschlossen, beim Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz nach dem aktuellen Sachstand anzufragen. Für die Bundesleitung ist es wichtig, hier rechtzeitig beteiligt zu werden.

In der Sitzung der Bundesleitung in Speyer wurde der Fokus auf die Planung der Sitzung des Bundesvorstandes in Königslutter gelegt. Hier planen wir Workshops zur gewerkschaftlichen Arbeit und der Jugendgewinnung. Ein weiterer Workshop wird sich mit dem Arbeitsplatz der Zukunft in der Justiz befassen.

---

## Nachruf der Deutschen Justiz-Gewerkschaft zum Tod von Ulrich Silberbach



(C) Foto: dbb beamtenbund

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft trauert um den ehemaligen Bundesvorsitzenden des dbb beamtenbund, Ulrich Silberbach, der am 25. Juni 2025 im Alter von 63 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben ist. Mit Ulrich Silberbach verlieren wir nicht nur einen herausragenden Gewerkschafter, sondern auch einen engagierten Streiter für die Belange des öffentlichen Dienstes und insbesondere der Justiz. Über Jahrzehnte hinweg hat er sich mit großer Leidenschaft und unermüdlichem Einsatz für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt. Sein Wirken war geprägt von Kompetenz, Entschlossenheit und Menschlichkeit. Seit 2017 leitete Ulrich Silberbach als Bundesvorsitzender die Geschicke des dbb und prägte den Dachverband maßgeblich. Sein Rücktritt am 23. Juni 2025 erfolgte aus gesundheitlichen Gründen, nur zwei Tage vor seinem Tod. Sein Engagement für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, für einen fairen Ausgleich der Interessen und für mehr Miteinander war beispielgebend und bleibt uns Verpflichtung.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und allen Angehörigen. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft wird Ulrich Silberbach ein ehrendes Andenken bewahren.

In stiller Trauer  
Deutschen Justiz-Gewerkschaft - Bundesleitung

Vom 18. bis 20. September 2025 kam die Junge DJG zum Bundesjugendausschuss in Hannover zusammen. Delegierte aus allen Landesverbänden nutzten die Tage, um sich über die Arbeit in der Jugendarbeit zu beraten, wichtige Beschlüsse zu fassen und die nächsten Schritte für die kommenden Monate zu planen.

Da eine Stelle in der Bundesjugendleitung frei geworden war, wurden Neuwahlen durchgeführt. So konnte das Team wieder verstärkt und optimal aufgestellt werden. Neu im Team ist Kevin Hudzik aus dem Landesverband NRW, der als stellvertretendes Mitglied gewählt wurde – herzlichen Glückwunsch!

Darüber hinaus berichtete die Bundesjugendleitung von ihrer bisherigen Arbeit und stellte spannende Projekte für die Zukunft vor.

Bundesvorsitzender Klaus Plattes begrüßte den Bundesjugendausschuss, berichtete über die Arbeit der Bundesleitung und machte dabei deutlich, wie wichtig die Jugend für die Weiterentwicklung der DJG ist.

Am Nachmittag ging es mit den Berichten aus den Landesverbänden weiter, die Einblicke in die vielfältigen Aktivitäten vor Ort gaben. Als besonderen Gast durften wir Felix Reising vom dbbj Bund begrüßen. In seinem Beitrag gab er spannende Einblicke in die bevorstehenden Tarifverhandlungen und berichtete von den bereits durchgeführten Regional Konferenzen.

Im nächsten Jahr wird es keinen Bundesjugendausschuss geben – dafür erwartet uns ein echtes Highlight: der Bundesjugendtag 2026! Dort wird die gesamte Bundesjugendleitung neu gewählt und wichtige Weichen für die Zukunft gestellt.

**16.–18. April 2026** – merkt euch den Termin schon jetzt vor!

## JUNGE DJG

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT

Unser Bundesjugendausschuss im Frühjahr fand in Kooperation mit der Nürnberger Versicherung in Nürnberg statt. Direkt im Anschluss sind wir mit einer besonderen Aktion gestartet: unserer Schritte-Challenge „Fit in den Sommer“. Das Ziel: In vier Wochen gemeinsam so viele Schritte sammeln, dass es für die Strecke bis nach Mallorca und wieder zurück reicht.

Okay, zugegeben – bis nach Mallorca haben wir's nicht ganz geschafft ... aber wer will denn schon nach Mallorca, wenn man auch nach Florida laufen kann. Fast 12 Millionen Schritte sind wir in nur vier Wochen gelaufen! Gemeinsam haben wir uns gegenseitig motiviert, durchgezogen und gezeigt, was Teamgeist bedeutet.

Für diesen starken Einsatz gab es von der Nürnberger Versicherung 1.000 Euro für unseren BJA. Doch statt das Geld nur für uns zu nutzen, haben wir uns zusammen mit den Vertreter\*innen der Bundesländer und der Bundesjugendleitung entschieden: Wir spenden an den Weißen Ring.

Denn wir stehen für die Justiz von morgen – und dazu gehört auch, an die zu denken, die Unterstützung brauchen. Gerechtigkeit heißt für uns nicht nur Recht sprechen, sondern auch füreinander einzustehen.

**Unser Motto bleibt: Nur gemeinsam sind wir stark!**

Der Bundesjugendausschuss hat am 19.09.2025 den Spendschein zusammen mit Christian Jacoby (Nürnberger Versicherung) an den Weißen Ring in Hannover – vertreten durch Fabian Randt - übergeben.

Carolina Paulus  
Junge DJG





Interview:

**Alexander Zimbehl**

Seite 15

**Die DJG Bundesvorsitzenden Beatrix Schulze und Klaus Plattes besuchten am 25. August 2025 gemeinsam mit den Landesvorsitzenden Bianca Korbanek und Torsten Lieberam den dbb Niedersachsen und führten zur aktuellen Lage in der Justiz in Niedersachsen sowie den bevorstehenden Herausforderungen einen intensiven Dialog.**

**Klaus Plattes:**

Wie ist aktuell die politische Unterstützung für die Justiz in Niedersachsen zu bewerten? Werden die Herausforderungen, etwa beim Personal oder bei der Digitalisierung, ausreichend erkannt und angegangen?

Der Bereich der Justiz in Niedersachsen, damit meine ich im Übrigen vollumfänglich alle Bereiche der Justiz, ist in den vergangenen Jahren sehr vernachlässigt worden. Die Landespolitik hat zu wenig gegen die steigenden Herausforderungen unternommen, auch weil es in Niedersachsen bedingt durch die häufigen Wechsel der Koalitionen im Landtag sehr oft einen Wechsel an der Spitze des Justizministeriums gegeben hat. Jetzt wurde die herausfordernde Situation erkannt, aber man stellte auch fest, dass das Geld für nötige Reformen gerade fehlt und die Voraussetzungen und Ansprüche wesentlich komplexer geworden sind – Stichworte Digitalisierung oder auch Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst und insbesondere in der Justiz.

**Beatrix Schulze:**

Die Landesregierung plant einen Stellenzuwachs in der Justiz wie lange nicht mehr. Reicht das aus, um die Überlastung und den hohen Krankenstand in den Justizeinrichtungen wirksam zu bekämpfen?

Ich kann mir – vorsichtig formuliert – nicht vorstellen, dass die geplanten neuen Stellen ausreichen werden. Denke ich an die bevorstehenden Aufgaben der Justiz, dürfte es perspektivisch nicht reichen, nur den vorhandenen Mangel an Stellen zu beseitigen. Ein Kernproblem ist sicher, dass die Politik dazu neigt, nur in Legislaturperioden zu denken. Neue Stellen sind im Moment ein Tropfen auf dem heißen Stein, nur das dieser Stein mit Blick in die Zukunft immer heißer wird und so die Wahrnehmung des ja vorhandenen Tropfens schwindet. Nehmen wir einfach mal den Bereich Personal – in den nächsten sieben Jahren wird beispielsweise allein in Niedersachsen ein Drittel des Personals in den Ruhestand gehen und im Moment ist die Beseitigung dieses Problems für mich nicht deutlich genug erkennbar. Es gibt zu viele Arbeitskreise, aber viel zu wenig konkrete Umsetzungsschritte. Ärgerlich ist zudem, wenn man über die Länderebene hinaus zum Bund schaut und in diesem Kontext Debatten über das Berufsbeamtentum oder die Frage nach der Einzahlung in Rentensysteme diskutiert werden. Diese Debatten werden weder das akute Problem der Demografie im Ansatz lösen noch lassen sie den öffentlichen Dienst mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung gut dastehen.

**Klaus Plattes:**

Viele Beschäftigte bemängeln immer noch den Fortschritt der Digitalisierung in der niedersächsischen Justiz. Was sind die dringendsten Aufgaben für Land und Verwaltung und wie steht der dbb niedersachsen zu der Art und Weise, die E-Akte einzuführen?

Die Thematik der Einführung der Digitalisierung ist nicht neu, die Pläne sind seit Jahren bekannt. Jetzt kommt der Stichtag, zu dem geliefert werden soll und plötzlich erkennt man, die Zeitpläne sind nicht einzuhalten. Man hätte im Vorfeld strategischer agieren müssen: Hardware ist in dem benötigten Umfang und mit der benötigten Leistungskapazität nicht verfügbar, ebenso ist die Software nicht auf einem arbeitsfähigen Stand. Besonders ärgerlich: Jetzt wird versucht, im Hau-Ruck-Verfahren etwas einzuführen ohne Wahrnehmung der Sorgen und Nöte derer in den Dienststellen, die mit den digitalen Verfahren arbeiten müssen.

Besonders ärgerlich, dass man dann auch noch in dieser Sache die Entscheidungen vorbei an den personellen Kapazitäten oder auch Gremien wie dem Hauptpersonalrat in der Justiz trifft. Ich bin jedenfalls dem Hauptpersonalrat im Justizministerium äußerst dankbar, dass hier interveniert wurde gegen den Versuch, „den Elefanten um jeden Preis durch das Nadelöhr zu pressen“. Es kann doch nicht richtig sein, dass es morgens beim Arbeitsbeginn nach Anschalten des Rechners – überspitzt dargestellt – Stunden dauert, bis alle Updates gefunden und diese aktualisiert sind. Wir als dbb in Niedersachsen wollen Digitalisierung – sie macht vieles einfacher und schneller und kann sicher auch irgendwann einmal in der Zukunft in Teilbereichen, in denen es Sinn macht, personell nicht vorhandene Ressourcen auffangen. Aber der gesamte Prozess der Implementation und des Betriebs

muss professionell umgesetzt werden und dauerhaft stabil funktionieren, nicht „hoppla, hopp“ über das Knie gebrochen werden.

Zur erfolgreichen Digitalisierung gehört übrigens nicht nur Hard- und Software, sondern auch das nachhaltige Angebot an entsprechenden Schulungen.

Auch KI (*KI = Künstliche Intelligenz - Anm. der Red.*) kann in Zukunft sicher zu einer leistungsfähigeren Justiz beitragen, wenn man jene Vorgänge automatisiert, die von ihrer Struktur her immer wieder ähnlich sind. Aber am Ende muss dennoch ein Mensch auf die Ergebnisse der KI schauen, ob der Vorgang richtig abgelaufen ist. Leider steckt die KI in Niedersachsen noch in den Kinderschuhen.

**Beatrix Schulze:**

Wie ist der Zustand des mittleren Dienstes in der Justiz, was Arbeitsverdichtung, Wertschätzung und die Belastungen im Berufsalltag angeht? Im öffentlichen Dienst wachsen die Sorgen bezüglich Personalmangel und Nachwuchskräften. Welche Maßnahmen brauchen wir, um den öffentlichen Dienst sowohl attraktiv als auch zukunftsfest zu machen?

Ich finde es im Jahr 2025 fast schon einen Skandal, dass man sich über den einfachen und den mittleren Dienst noch unterhalten muss. Normalerweise müsste jede Verwaltungstätigkeit – also auch in der Justiz – perspektivisch zum gehobenen Dienst zählen und wir sprechen hier über ein Eingangsamts A9. Der mittlere Dienst nimmt meist ausführende Funktionen wahr und ist unverzichtbar sowohl für die tägliche Verwaltungsarbeit als auch für die Bürgernähe. Der dbb niedersachsen sieht ihn als tragende Säule des öffentlichen Dienstes und fordert entsprechende Anerkennung und Perspektiven für Beschäftigte dieser Laufbahngruppe.





Wie zuvor schon in meiner Antwort erwähnt: In den nächsten sieben Jahren verlassen rund ein Drittel der Bediensteten den öffentlichen Dienst aus Altersgründen. Bis dato gibt es keine handfesten politischen Ideen, diesem Fakt entgegenzuwirken. Es ist kein ausreichender Nachwuchs in Sicht. Zwingend muss hier etwas geschehen. Aber junge Menschen wollen attraktive Arbeitsplätze: Die Zeit von Großraumbüros ist vorbei. Die Ausstattung der Arbeitsplätze muss adäquat sein. Der Arbeitsplatz trägt schließlich zur Motivation bei.

Eine Umstrukturierung der einzelnen Dienste nach dem Vorbild der Polizei und eine Vermeidung der dort seinerzeit gemachten Fehler könnte eine Lösung für die Justiz sein. Perspektivisch muss der einfache Dienst für die Justiz abgeschafft, der Wachtmeisterdienst in den mittleren Dienst überführt werden, aber auch im höheren und gehobenen Dienst entsprechende Stellen geschaffen werden. Das ganze System muss komplett neu durchdacht und geplant werden.

**Klaus Plattes:**

**Wie steht der dbb niedersachsen zu den aktuellen Arbeitsbedingungen und zur Wertschätzung für Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte – insbesondere im Vergleich zu anderen Bundesländern?**

Ich mache das symbolhaft an einem einfachen, kleinen Beispiel deutlich: Seit Jahren fordert der dbb niedersachsen die Wiedereinführung der Jubiläumszulage im öffentlichen Dienst. Das ist finanziell für das Land zu stemmen und eine kleine Geste, die Wertschätzung zeigt. Bewegung in dieser Sache? Fehlanzeige. Es ist schade, dass die Politik hier kein Interesse zeigt und so ein Indiz liefern würde, dass man die langfristig beschäftigten Landesbediensteten schätzt und ihren stetigen Einsatz respektiert.

Ein anderer Bereich der Wertschätzung ist das ständige Thema Investition. Die Zeit der Holzschreibtische und Holzstühle ist sicher vorbei, aber der Weg hin zu einer adäquaten Ausstattung der Dienststellen muss auch als Zeichen der Wertschätzung weiter beschritten werden. Das betrifft in Niedersachsen auch in vielen Bereichen die Dienstgebäude. Ich bringe immer gerne ein Beispiel, welches es auch schon einmal in die Presse geschafft hat: Die Tatort-Folgen aus Hannover werden in dem Büro der Nord-LB gedreht, einem schönen neuen (klimatisierten) Neubau mit fantastischem Blick über ganz Hannover und einer großen an das Büro von TV-Kommissarin Furtwängler angrenzenden Dachterrasse. Das sind aber nicht die Dienstgebäude in Niedersachsen – die Realität sieht leider anders aus. Ich sage das nicht, weil ich neidisch auf die Arbeitsbedingungen bei der Nord LB bin, sondern weil ich kritisiere, wenn man jungen interessierten Menschen Situationen vorspielt, die sie bei uns einfach nicht antreffen.

Seit Jahren hört man von der Politik und auch bei Personalversammlungen, dass sich die Situation in den Dienststellen verbessern soll. Leider passiert aber an dieser Stelle wenig. Allein schon, wenn man reflektiert, was es bedeutet, bei 37 Grad einen 8-Stunden-Tag lang arbeiten zu müssen und selbst das Aufstellen von Wasserspendern oder das Bereitstellen von Wasser aus gesetzlich-formellen Gründen ein Problem zu sein scheint.

**Beatrix Schulze:**

**Ende des Jahres stehen neue TV-L-Tarifverhandlungen an. Welche Kernforderungen plant der dbb niedersachsen mit Blick auf die Beschäftigten in Justiz und öffentlichem Dienst mit in diese Gespräche zu nehmen?**

Ich kann den Regionalkonferenzen und der dbb Bundestarifkommission nicht vorgreifen. Meine persönliche Meinung ist, dass es in Zukunft gelingen muss, dass die Unterschiede zwischen dem TVöD und TV-L nicht zu groß werden dürfen. Ideal wäre es, wenn es den Ländern gelingt, die Schere nicht zu weit auseinanderlaufen zu lassen zwischen beiden Verträgen. Wir müssen im öffentlichen Dienst verhindern, dass der Bereich der Länder das Nachsehen hat. Und das sage ich nicht vor dem Hintergrund einer Neiddebatte, sondern aus eigenen Erkenntnissen und Erfahrungen. Der öffentliche Dienst in Gänze, ob Bund oder Land, ob tarifbeschäftigt oder verbeamtet, ob Ost oder West, muss im Ergebnis eine faire, abgestimmte und passende finanzielle Ausstattung bekommen.

Die Tarifverhandlungen an sich werden sicher intensiv und ich bin gespannt auf die Entwicklung. Wir werden uns sehr stark aufstellen müssen für diese Runde.

#### **Klaus Plattes:**

Was den Haushalt 2026 angeht, so sind in einigen Ländern aktuell tiefe Einschnitte im Bereich der Justiz in den Beratungen der Landesregierungen geplant. Die Polizei erhält Mittel, die Justiz steht hinten an und so entsteht aus unserer Sicht eine Schiefelage. Mich interessiert die Sichtweise dazu beim dbb niedersachsen.

Auch in dieser Frage muss ich vorwegschicken, keine Neiddebatten zu mögen. Es ist wichtig, dass die Polizei mit den erforderlichen Mitteln gut ausgestattet ist. Aber der Sicherheitsbereich, also von der Polizei angefangen über die Justiz bis hin zum Strafvollzug muss insgesamt gestärkt werden. Wer das nicht begreifen mag oder will, verschließt sich der Realität. Das gilt nebenbei bemerkt, auch für den Bildungsbereich.

Insgesamt muss es eine Beschleunigung im Antragsbereich geben und auch die Verfahrensdauer muss beschleunigt werden. Dafür müssen ohne Wenn und Aber die erforderlichen finanziellen Ressourcen bereitgestellt werden.

Bund und Länder müssen investieren, da gibt es gar keine Alternativen zu. Andernfalls darf man sich nicht wundern, wenn die politischen Extremisten von links oder von rechts die Fehlleistungen des Staates für sich absaugen und für ihre Belange argumentativ nutzbar machen.

Mein Appell zum Ende unseres Dialogs an die verantwortlichen Entscheiderinnen und Entscheider in der Landesregierung und der Landes- sowie Bundespolitik: Hört auf kleine Feuer auszutreten, sondern arbeitet strategisch und systematisch an zukunftsorientierten und vor allem praktikablen Lösungen. Uns fehlen keine Einnahmen auf der Staatsseite, vielmehr sind wir nicht in der Lage, die Ausgaben geordnet zu kanalisieren und auf den Weg zu bringen. Wir müssen den öffentlichen Dienst stärken, und zwar jetzt.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit für das Gespräch und werden auch seitens der Deutschen Justiz-Gewerkschaft nicht aufhören, auf die in Zukunft notwendigen Maßnahmen hinzuweisen und Bundes- so wie Landespolitik in die Pflicht nehmen. Dazu stellen wir die Weichen auf Bundesebene, aber äußerst wichtig ist auch die Arbeit in den Landesverbänden. Wir sind deshalb sehr froh, dass die DJG Landesgewerkschaft Niedersachsen, die im Jahr 2025 übrigens ihr 75-jähriges Jubiläum feiert, hier in Niedersachsen sich aktiv und solidarisch für die Bediensteten einsetzt und nicht locker lässt, die Kolleginnen und Kollegen zu vertreten.

**Beatrix Schulze**  
Bundesvorsitzende

**Klaus Plattes**  
Bundesvorsitzender



Alexander Zimbehl ist seit 2019 der Vorsitzende des niedersächsischen beamtenbund und tarifunion (NBB/dbb niedersachsen) und leitet damit den wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverband für Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte im Land Niedersachsen. Zuvor war er viele Jahre Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft Niedersachsen.

Zimbehl führt den mitgliederstärksten Beamtenbund Niedersachsens und gestaltet die Interessenvertretung von Beamten und Tarifbeschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Weiterentwicklung des Dienstrechts, die Wahrung von Tarifautonomie und Berufsbeamtentum sowie die tarifpolitische Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene.

## INTERVIEW MANUELA SCHWARZ

### ERSTELLUNG DES BIBB-HANDLUNGSLEITFADENS AUSBILDUNG JUSTIZFACHANGESTELLTE/R

Eine BIBB-Handlungsempfehlung ist ein Dokument des Bundesinstituts für Berufsbildung zu einem bestimmten Berufsbild, bestehend aus detaillierten Praxisanleitungen. Für Justizfachangestellte hat das BIBB eine Umsetzungshilfe im Rahmen der modernisierten Ausbildungsordnung zur Unterstützung von Ausbildern erstellen lassen. An der Aufgabe der Erstellung dieser Anleitung durfte unsere Kollegin Manuela Schwarz vom hessischen Landesverband mitwirken.

Manuela ist Ausbilderin am Amtsgericht in Gießen und begleitet dort i.d.R. das zweite Ausbildungsjahr. Über die Erstellung des Praxisleitfadens sprach sie mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Karen Altmann, die neben der Kollegin Natascha Gellenbeck in das Neuordnungsverfahren beim BIBB involviert war.

**Karen:** *Wie kam es dazu, dass Du nach dem Abschluss des Neuordnungsverfahrens, an dem wir als DJG beteiligt waren, den Handlungsleitfaden mitgestalten konntest?*

Das BIBB hat bei mir angefragt, ob ich mir gemeinsam in einer Arbeitsgruppe vorstellen könnte, einen Praxisleitfaden für die modernisierte Ausbildung zu erstellen. Ziel des BIBB ist, dass ein solcher Leitfaden aus der Praxis heraus niedergeschrieben wird, also von Praktikerinnen und Praktikern für Auszubildende in der Praxis, um Know-how und den eigenen Erfahrungsschatz in das Dokument einzubringen.

**Karen:** *Wie viel Zeit hast Du für das Projekt in Summe investiert? Wer hat an dem Leitfaden mitgewirkt?*

Das Projekt hat schon sehr umfangreich Zeit in Anspruch genommen. Ich bin meinen beiden Kolleginnen sehr dankbar, die an dem Leitfaden mitgearbeitet haben. Eine der beiden war Berufsschullehrerin, welche von der Arbeitnehmerseite her an dem Projekt mitgewirkt hat, die andere Kollegin ist ebenfalls Ausbilderin in der Justiz. Insbesondere die Lehrkraft hatte ein unheimlich breites Wissen und natürlich auch Kenntnisse in der Didaktik, was uns allen sehr geholfen hat.

Ende November 2024 gab es das erste digitale Projekttreffen und es wurde gemeinsam mit dem BiBB eine Zeitschiene vereinbart. Wir sind dann nach interner Absprache in unserer Projektgruppe so vorgegangen, zunächst ein Fach zu nehmen, in dem wir uns am besten auskannten. Für dieses Fach wurde der Leitfaden konzipiert und dem BiBB vorgestellt. Das war dann sozusagen die Blaupause für die weiteren Sachgebiete, die im Neuordnungsverfahren zugrunde gelegt werden. Die Sachgebiete haben wir entsprechend unseren Erfahrungen dann mit Inhalten gefüllt. Den gesamten Zeitaufwand kann ich nicht abschätzen, aber es waren etliche Stunden und allein über dreißig Onlinekonferenzen zu diesem Thema.



Manuela Schwarz an ihrem Arbeitsplatz  
im Amtsgericht Gießen

**Karen:** *Was genau musste im Detail alles niedergeschrieben werden? Und worauf wurde besonders Wert gelegt?*

Es ist gar nicht so leicht, wenn man verinnerlichte Arbeitsvorgänge Schritt für Schritt niederschreibt. Vieles erledigt man automatisiert und da war es eine Hilfe vom BiBB, die immer wieder noch mehr Detailtiefe einforderten. Da reicht es nicht, zu sagen, wir erstellen eine Ausfertigung, sondern es muss ganz exakt beschrieben werden, was man erledigen muss, um diese Ausfertigung zu erstellen.

**Karen:** *Sind neue Bestandteile, die erst in Zukunft mit vollständiger Einführung z. B. der e-Akte greifen, auch in das Dokument aufgenommen worden?*

Ja, wobei es uns in der aktuellen Phase sehr schwergefallen ist, die „alte“ und die „neue“ Welt der Justiz entsprechend zu trennen. Wir sind immer noch in einer nicht abgeschlossenen Phase der Digitalisierung mit Blick auf die e-Akte. Dennoch war es unser Ziel, die Aufgabenbeschreibung auf die digitalisierte „neue“ Welt auszurichten, da wir im Vorfeld bereits wussten, dass es keine Aktualisierung oder Neuauflage des Leitfadens in zwei oder drei Jahren geben wird. Insofern waren wir eigentlich zwei Jahre zu früh dran ... es war nicht leicht, die Beschreibungen und Tätigkeiten zu verifizieren, aber ich denke, wir haben die Schwierigkeit ganz gut gemeistert.

**Karen:** *Im Leitfaden sind auch Bilder zu sehen, die von Dir gemeinsam mit Auszubildenden erstellt wurden. Wie sind diese Bilder entstanden?*

Das BiBB wollte gerne Bilder, die in den Leitfaden eingebracht werden sollten. Das habe ich gerne übernommen. Mit „meinen Azubis“ habe ich die ca. 25 Bilder angefertigt und dann musste auch zu jedem Bild noch ein Text erstellt werden. Die Bilder mussten aus Gründen der Barrierefreiheit exakt beschrieben werden, also man musste genau erläutern, wer und was auf dem Foto zu sehen ist.

**Karen:** *Welche Rolle hatte das BiBB während der Erstellungsphase des Leitfadens?*

Das BiBB hatte während des gesamten Prozesses die Aufgabe der Projektsteuerung und hinterfragte immer

wieder die Inhalte, um uns zu motivieren, auch alle Schritte und Texte auf Herz und Nieren zu prüfen. Für das gesamte Werk wurde zudem ein Lektorat seitens des BiBB durchgeführt, um Fehler zu finden und auch den sprachlichen Stil, der über eine längere Laufzeit sich selbst bei ein und derselben Person ändert, anzupassen und für alle Vorgänge zu vereinheitlichen.

**Karen:** *Würdest Du nochmals zustimmen, Dich an einem solchen Projekt zu beteiligen?*

Ganz eindeutig ja – vor allem, weil es mir im Wiederholungsfall natürlich leichter fallen würde, mich zu orientieren. Ich kenne ja nun die Vorgaben, Ziele und Ansprüche an den Leitfaden und konnte auch viel lernen. Leider ist, wie ja schon erwähnt, keine Neuauflage des Handlungsleitfadens vorgesehen, weil das Neuordnungsverfahren abgeschlossen ist.

**Karen:** *Was hast Du persönlich für Dich und fachlich für Deine berufliche Laufbahn aus diesem Projekt mitnehmen können?*

Ich konnte sehr viel fachlich dazu lernen, weil ich mich auch in Sachgebiete einarbeiten musste, die ich als Ausbilderin gar nicht bearbeite. Viel musste ich im Vorfeld dazu auch recherchieren. Toll ist aber auch die Zusammenarbeit in der Gruppe und zum Beispiel die Verbindung zu der beteiligten Berufsschullehrerin, mit der der Kontakt über das Projekt hinaus weiter besteht und wir uns nach wie vor bei Sachfragen austauschen können.

**Karen:** *Vielen Dank liebe Manuela, dass Du Dir Zeit für dieses Interview genommen hast und uns einen sehr aufschlussreichen Einblick geben konntest.*

Karen Altmann  
Stv. Bundesvorsitzende



JUSTIZ

JUSTIZ

ÖFFENTLICHER DIENST

IHR SORGT FÜR  
SICHERHEIT

WIR SICHERN EURE  
GESUNDHEIT



Ihr für uns. Wir für Euch.  
Das **Füreinander** zählt.

*DebeKa*

Versichern und Bausparen



Klaus Plattes, DJG-Bundes- und Landesvorsitzender NRW bei der Übergabe einer Protestnote mit Onlinekommentaren der Justizbediensteten an den Justizminister Dr. Benjamin Limbach.

## Sparpläne im NRW-Haushalt 2026: Protestaktion der DJG NRW

Die Landesregierung NRW beschließt ab Herbst den Haushalt 2026. Für die Justiz ist nächstes Jahr geplant, 200 Stellen in allen Bereichen der Justiz zu sperren und zusätzlich noch bei den Sachmitteln ca. 100 Mio. Euro zu sparen. „Diese Kürzungspolitik trifft eine ohnehin schon personell und finanziell ausgedünnte Justiz ins Mark“, erklärt Klaus Plattes. „Wenn Arbeitsplätze nicht nachbesetzt und dringend benötigte Mittel für die laufenden Kosten und die Ausstattung gestrichen werden, bedeutet das für die Praxis noch höhere Belastungen für die Bediensteten in den Dienststellen.“ Aktuell hat bereits das OLG Düsseldorf für seinen Bezirk erste Sparmaßnahmen verfügt, welche die vorzeitige Rückkehr aus der Elternzeit oder Aufstockungen von Teilzeitstellen betreffen.

Um dieser Empörung Ausdruck zu verleihen, hat die DJG NRW am 10. September 2025 vor dem Rechtsausschuss des Landtags, der im Kölner Oberlandesgericht tagte, gegenüber den rechtspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen von SPD und FDP klare Worte gefunden und auch im Vorfeld im Dialog mit NRW-Justizminister Dr. Limbach Symbolkraft sprechen lassen: Ein überdimensioniertes Sparschwein, gefüllt mit der Protestnote und den gesammelten Stimmen aus den Dienststellen, wurde Minister Limbach überreicht. Ziel ist es, den Verantwortlichen und der Politik im NRW-Landtag zu verdeutlichen: Mit Geld im Sparschwein wird eine moderne Justiz nicht zu finanzieren sein.

Die DJG NRW fordert die Landesregierung auf, ihre Kürzungs- und Rotstiftpolitik unverzüglich zurückzunehmen und stattdessen in eine leistungsfähige und zukunftsfeste Justiz zu investieren.

DJG NRW Landesvorstand

## NORDRHEIN-WESTFALEN

### Mitgliederbindung und -gewinnung: BusTour zu Justizzentren, Gerichten und Staatsanwaltschaften

Bereits zum zweiten Mal geht die DJG NRW auf Tour quer durch Nordrhein-Westfalen und steuert mit einem alten VW-Bus T2 verschiedene Einrichtungen der Justiz an. Der Bus ist ein echter Eye-Catcher und sorgt zunächst mal für Aufmerksamkeit und uneingeschränkte Sympathie.

Vor Ort haben Mitglieder und Nicht-Mitglieder die Chance, sich über die Gewerkschaftsarbeit zu informieren und im Zeitrahmen zwischen 11 und 14 Uhr „auf einen Kaffee oder Tee und ein gutes Gespräch“ vorbeizukommen.

Bei der ersten Tour 2023 wurden die „großen“ Standorte wie Köln, Düsseldorf, Dortmund oder Essen besucht. Deshalb war es für den Landesvorstand in diesem Jahr wichtig, auch die Kolleginnen und Kollegen an den mittelgroßen Standorten zu besuchen. Insbesondere der Bereich Westfalen zeigt, dass NRW auch ein Flächenland ist und nicht nur aus Metropolregionen besteht - und auch in diesen Regionen wollen wir präsent sein und im Dialog bleiben.

DJG NRW Landesvorstand

**QUER-DURCH-NRW-TOUR 2025**

**15.09. BONN** AMTS- UND LANDGERICHT  
**16.09. KREFELD** AMTS- UND LANDGERICHT  
**17.09. GELSENKIRCHEN** JUSTIZZENTRUM  
**18.09. AACHEN** JUSTIZZENTRUM  
**19.09. MÖNCHENGLADBACH** AMTS- UND LANDGERICHT  
**22.09. PADERBORN** AMTS- UND LANDGERICHT  
**23.09. BIELEFELD** AMTS- UND LANDGERICHT  
**24.09. MÜNSTER** JUSTIZZENTRUM  
**25.09. DUISBURG** AMTS- UND LANDGERICHT  
**26.09. SIEGEN** AMTS- UND LANDGERICHT

Gemeinsam ab 11 Uhr Pause machen – mit Kaffee, Tee, Wasser und guten Gesprächen. Komm doch vorbei!

DJG NRW

f @ DJG-NRW.DE



## DJG Saar bei der CDU-Fraktion

Am 10. Juni 2025 fand in Saarbrücken ein feierlicher Empfang der CDU-Landtagsfraktion statt. Eingeladen waren zahlreiche Mitglieder und Vertreterinnen und Vertreter von Betriebs- und Personalräten, Mitarbeitervertretungen sowie Schwerbehindertenvertretungen aus saarländischen Behörden und Unternehmen. Die Veranstaltung bot Gelegenheit zum Austausch über aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen im Bereich der Arbeitnehmervertretung und würdigte zugleich langjähriges gewerkschaftliches Engagement.

Ein zentraler Programmpunkt war die feierliche Verleihung des Nikolaus-Warken-Preises 2025. In diesem Jahr wurde Ewald Linn, der ehemalige Vorsitzende des dbb Saar, mit dieser Auszeichnung geehrt. Der Preis würdigt seinen über drei Jahrzehnte währenden Einsatz für die Belange der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie seine maßgebliche Mitgestaltung des

„Saarländischen Wegs“, einem Modell für konstruktive Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Gewerkschaften und Personalvertretungen.

Die Laudationen hielten Stephan Toscani, Fraktionsvorsitzender der CDU im saarländischen Landtag, sowie Marc Speicher, Oberbürgermeister der Kreisstadt Saarlouis. Beide würdigten Ewald Linns Engagement, seine Integrationskraft und seine Verdienste um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Aus dem Bereich der Justiz nahmen unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften DJG, BDR und BSJ sowie Mitglieder der Personalvertretungen verschiedener saarländischer Justizbehörden teil.

Die Veranstaltung war insgesamt von einem offenen Austausch und der Wertschätzung des Engagements vieler haupt- und ehrenamtlich Tätiger geprägt.

Marco Besselt  
2. Landesvorsitzender DJG Saarland

Bild oben: Gäste des Empfangs der CDU-Landesfraktion Saarland  
Bild unten links: Stephan Toscani, Landes- und Fraktionsvorsitzender  
Bild unten mitte: Marc Speicher, Oberbürgermeister Saarlouis  
Bild unten rechts: Stephan Toscani, Ewald Linn, Marc Speicher





**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

## Einkommenschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



Seite 24

**GAME  
OVER**

**DJG**

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT  
WARNT DIE BUNDESLÄNDER:

**TOT  
GESPART**  
= RECHTSSTAAT ADE.

Wir sind eine der großen Fachgewerkschaften in der Justiz in Deutschland.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist die Dachorganisation für alle Bediensteten in der Justiz (Beamte und Tarifbeschäftigte) der einzelnen Bundesländer.

Wir gehören zum Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion.

DJG.DE